

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	100
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	1498/2023
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	01.12.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / as		
<b>Betreff:</b>	<b>Fortführung der Kooperationsvereinbarung mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH im Rahmen des Impulsprogramm "Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Region Stuttgart"</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 17.11.2023, GRDRs 1498/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Fortführung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Amt für Umweltschutz und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) im Rahmen des Impulsprogramms "Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Region Stuttgart" für die Jahre 2023 und 2024 wird zugestimmt. Über die Weiterführung der Vereinbarung wird nach drei Beteiligungsrunden und einer anschließenden Evaluation sowie unter Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entschieden.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StR Sakkaros (CDU) weist darauf hin, dass die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt einen Fehler beinhalte, da in der Formulierung ein Komma zwischen "SWS" und "Rotes Kreuz" fehle. In der Vorlage werde ausgeführt, dass die Kooperation in der Vergangenheit erfolgreich gewesen sei. Allerdings vermisst der Stadtrat hierzu den Erfolg belegende Zahlen. Zudem stelle sich die Frage, wie sich das weitere Vorgehen gestalten. In Bezug auf den Kreisverband Göppingen des Roten Kreuzes erkundigt sich der Stadtrat, ob es weitere Multiplikatoreffekte hinsichtlich anderer Kreisverbände gebe, da sieben Unternehmen wenig an der Zahl seien. Ebenso stelle sich die Frage nach den finanziellen Auswirkungen und ob die eingestellten 30.000 EUR ausreichend seien.

Sie wolle den Aspekt der Werbung für dieses attraktive Programm ausdrücklich unterstützen, betont StRin Schanbacher (SPD). Dieses Programm treibe das betriebliche Mobilitätsmanagement voran und nehme hierzu die Unternehmen in die Verantwortung. Es stelle sich jedoch die Frage, auf welche Weise mehr als sieben Unternehmen beteiligt werden könnten.

StR Ozasek (PULS) gibt zu bedenken, die zahlreichen Fragen von StR Sakkaros könnten überfordernd wirken, da es sich um ein Programm der Wirtschaftsförderung handle und nicht der Stadt Stuttgart. Ihm sei u. a. hinsichtlich einer Berichterstattung im VVS-Tarifsymposium aufgefallen, dass der Aspekt der Beratung zur Nachhaltigkeit kein Kriterium darstelle. So solle beispielsweise stichprobenhaft nach einigen Jahren nachgefragt werden, wie sich das individuelle Mobilitätsverhalten der Personen verändert habe, um den Erfolg der Beratung zu erfassen. Aus Sicht des Stadtrats wäre es erfreulich, mehr städtische Beteiligungsgesellschaften einzubinden.

Nach Kenntnis des Leiters des Amtes für Umweltschutz (AfU) seien bereits erste Indikatoren und Auswirkungen zu den Beratungen aus dem Jahr 2022 vorlegt worden. Dabei solle die weitere Entwicklung dieser Zahlen geprüft werden. Das Projekt sei gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart im Jahr 2022 mit drei Unternehmen begonnen worden und im Jahr 2023 seien drei weitere Unternehmen hinzugekommen. Die Werbung für das Jahr 2024 werde Anfang des nächsten Jahres anlaufen. Herr Neft erwartet hierbei einen ähnlichen Rahmen, in dem sich das Programm bereits bewegt. Danach solle ein systematischer Evaluierungsprozess stattfinden, von dem eine wesentlich aussagekräftige Rückkopplung mit Zahlen, Daten und Fakten zur nachhaltigen Entwicklung zu erhoffen sei. Auf Grundlage dieser Evaluation solle mit dem Gemeinderat in einen Dialog getreten und das weitere Vorgehen diskutiert werden. So solle geprüft werden, ob es lohnenswert sei, in Stuttgart ein eigenständiges Programm aufzusetzen, und welche finanziellen und personellen Ressourcen hierzu aufgewendet werden sollten. Anfang des Jahres 2025 solle ebenso ein systematischer Evaluierungsprozess durchgeführt werden, um spätestens zu den Beratungen zum Doppelhaushaltsplan 2026/2027 ein mit dem Gemeinderat abgestimmtes Konzept zu erhalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold die Vorlage 1498/2023 zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Haupt / as

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. S/OB  
S/OB-Mobil  
S/OB-Wohnen  
Stabsstelle Klimaschutz
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
SWS
  5. Amt für Revision
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. *FDP-Fraktion*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*